

# Niederschrift

## über die 17. Sitzung des Rates der Stadt Jever

**Sitzungstag:** 24.10.2024  
**Sitzungsort:** Graf-Anton-Günther-Saal im Rathaus  
**Sitzungsdauer:** 19:00 Uhr bis 21:01 Uhr

### Teilnehmerverzeichnis:

#### **Vorsitzender**

Janßen, Dieter

#### **Stellvertretende Vorsitzende**

Vredenborg, Elke

#### **Ratsmitglieder**

Albers, Jan Edo, Bürgermeister

Albers, Udo

Beckmann, Sina

Online-Sitzungsteilnahme, außer TOP 16

Bunjes, Gertrud

Eden, Stephan

Fischer, Stefan

Haartje-Graalfs, Christina

Hartwig, Marcus

Koch, Nicola, Dr.

Kourim, Frank

Montigny, Bettina

Neidels, Oliver de

Oltmanns, Karl

Raquet, Sibylle

Rasenack, Marianne

Remmers, Andrea

Remmers, Jenny

Rott, Gerhard

Schüdzig, Herbert

Theemann, Hendrik

Thomßen, Almuth

Ultsch, Jürgen

Weil, Elke

Wolken, Wilfried

Zillmer, Dirk

#### **Verwaltung**

Atzesdorfer, Mario

Ehlert, Dana

Meile, Manfred

Meins, René  
Schwarz, Jörg  
Wüllner, Inka

als Protokollführer

## **Entschuldigt waren:**

### **Ratsmitglieder**

Berghaus, Beate  
Bollmeyer, Matthias, Dr.  
Harjes, Olaf  
Ulferts, Kai

## **Tagesordnung:**

## **Öffentlicher Teil**

### **TOP 1. Eröffnung der Sitzung durch den Ratsvorsitzenden**

**Der Ratsvorsitzende** eröffnet die Sitzung um 19:04 Uhr. **Er** begrüßt alle vor Ort anwesenden Ratsmitglieder, die durch Videokonferenztechnik zugeschaltete Ratsfrau Sina Beckmann, die Vertreterinnen und Vertreter der hiesigen Presse, die anwesenden Bürgerinnen und Bürger sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung.

### **TOP 2. Feststellen der ordnungsgemäßen Ladung und der anwesenden Ratsmitglieder**

**Der Ratsvorsitzende** stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Anwesenheit der zuvor genannten Ratsmitglieder fest.

### **TOP 3. Feststellen der Beschlussfähigkeit**

**Der Ratsvorsitzende** stellt die Beschlussfähigkeit des Rates fest.

### **TOP 4. Feststellen der Tagesordnung**

**Ratsherr Hartwig** äußert seine Bedenken hinsichtlich des nichtöffentlichen Teils der heutigen Sitzung und der Online-Sitzungsteilnahme durch die Ratsfrau Beckmann. **Er** merkt an, da Ratsfrau Beckmann augenscheinlich mit der Bahn unterwegs sei, sei die erforderliche Vertraulichkeit für den nichtöffentlichen Teil der Sitzung durch die Ratsfrau Beckmann nicht gewahrt.

**Der Ratsvorsitzende** nimmt die Bedenken des Ratsherrn Hartwig zur Kenntnis und führt aus, dass Ratsfrau Beckmann die Vertraulichkeit für den nichtöffentlichen Teil der heutigen Sitzung herstellen müsse. Er werde sich bei der Ratsfrau Beckmann vor Beginn des nichtöffentlichen Teiles der heutigen Ratssitzung bei dieser versichern, ob die erforderliche Vertraulichkeit bei ihr gewahrt sei.

Sodann die Tagesordnung wie vorgelegt festgestellt.

Abstimmung: einstimmig beschlossen: Ja 27 Nein 0 Enthaltung 0.

**TOP 5. Genehmigung des Protokolls Nr. 16 über die Sitzung des Rates vom 29. August 2024 - öffentlicher Teil -**

Das Protokoll wird mit 26 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung wegen Nichtteilnahme genehmigt.

**TOP 6. Bericht des Bürgermeisters über**

**TOP 6.1. Wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses**

**Der Bürgermeister** informiert über die wichtigen Beschlüsse des Verwaltungsausschusses aus den Sitzungen vom 10. September 2024, 24. September 2024 und 15. Oktober 2024. Eine Auflistung dieser Beschlüsse ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Anschließend gibt **Herr Atzesdorfer** den Baubericht 16/2021-2026 über den Berichtszeitraum vom 28. August 2024 bis 21. Oktober 2024 bekannt, der dieser Niederschrift ebenfalls als Anlage beigefügt ist.

**TOP 6.2. Wichtige Angelegenheiten der Stadt**

**Bürgermeister Albers** gibt bekannt, dass die Tourist-Information der Stadt Jever erneut mit der i-Marke ausgezeichnet worden sei. Die i-Marke sei ein deutschlandweites und einheitliches Qualitätssiegel für Tourist-Informationen, welche vom Deutschen Tourismusverband e.V. (DTV) verliehen werde. **Er** führt weiterhin aus, dass das Ergebnis der Beurteilung sehr erfreulich und auch besser als in den vergangenen Jahren ausgefallen sei. Insgesamt hätten die Kolleginnen und Kollegen mit 93 % der zu erzielenden Punkte für die erneute Zertifizierung mit der i-Marke eine herausragende Leistung erreicht. Besonders hervorzuheben sei das äußere Erscheinungsbild, welches mit 100 % beurteilt worden sei. Ebenfalls habe auch der Service bzw. die Beratung mit 100 % brillieren können. Er sei sehr stolz auf die Kolleginnen und Kollegen der Tourist-Information, die für dieses Ergebnis verantwortlich seien.

**TOP 7. Anträge und Beantwortung von Anfragen**

Keine.

**TOP 8. Einwohnerfragestunde - Sitzungsunterbrechung -**

**Der Ratsvorsitzende** unterbricht die Sitzung um 19:25 Uhr, um den anwesenden Bürgerinnen und Bürgern die Gelegenheit zu geben, Fragen an den Rat der Stadt Jever zu stellen.

Da hiervon kein Gebrauch gemacht hat, eröffnet **der Ratsvorsitzende** die Sitzung erneut.

**TOP 9. Benennung einer Vertreterin / eines Vertreters des Stadtelternrates der Kindertagesstätten in der Stadt Jever als Mitglied und stellvertretendes Mitglied in den Ausschuss für Schule, Jugend, Soziales und Familie der Stadt Jever**  
Vorlage: BV/0837/2021-2026

Der Rat der Stadt Jever beschließt:

***Während der verbleibenden Wahlperiode 2021 – 2026 des Rates der Stadt Jever wird Herr Heiko Klein als Vertreter des Stadtelternrates der Kindertagesstätten in der Stadt Jever zum hinzugewählten Mitglied für den Ausschuss für Schule, Jugend, Soziales und Familie der Stadt Jever benannt.***

***Frau Mareike Heitmann wird während der verbleibenden Wahlperiode 2021 – 2026 des Rates der Stadt Jever als Stellvertreterin für Herrn Heiko Klein und stellvertretendes hinzugewähltes Mitglied für den Stadtelternrat der Kindertagesstätten in der Stadt Jever für den Ausschuss für Schule, Jugend, Soziales und Familie der Stadt Jever benannt.***

Abstimmung: einstimmig beschlossen: Ja 27 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

**TOP 10. Neufassung der Verordnung der Stadt Jever über das Mitführen von Hunden in der Öffentlichkeit**

**KuSiA Nr. 14 vom 05. September 2024  
VA Nr. 52 vom 24. September 2024  
Vorlage: BV/0793/2021-2026**

Der Rat der Stadt Jever beschließt ohne Diskussion:

***Die als Anlage im Entwurf beigefügte Verordnung der Stadt Jever über das Mitführen von Hunden in der Öffentlichkeit wird beschlossen und tritt nach der Bekanntmachung in Kraft.***

***Die Verordnung der Stadt Jever über das Mitführen von Hunden in der Öffentlichkeit vom 01.11.2018 tritt mit der Bekanntmachung der neuen Verordnung außer Kraft.***

Abstimmung: einstimmig beschlossen: Ja 27 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

**TOP 11. Neufassung der Verordnung über die Anbringung von Hausnummern in der Stadt Jever**

**KuSiA Nr. 14 vom 05. September 2024  
VA Nr. 52 vom 24. September 2024  
Vorlage: BV/0794/2021-2026**

Ohne Diskussion beschließt der Rat der Stadt Jever:

**Die als Anlage im Entwurf beigefügte Verordnung über die Anbringung von Hausnummern in der Stadt Jever wird beschlossen und tritt nach der Bekanntmachung in Kraft.**

**Die Verordnung über die Anbringung von Hausnummern in der Stadt Jever vom 13.03.2000 tritt mit der Bekanntmachung der neuen Verordnung außer Kraft.**

Abstimmung: einstimmig beschlossen: Ja 27 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

**TOP 12. Masterplan "Perspektive Jever";  
Fortschreibung 2025**

**FiWiA Nr. 14 vom 30. September 2024**

**VA Nr. 53 vom 15. Oktober 2024**

**Vorlage: BV/0819/2021-2026**

**Ratsherr Zillmer** teilt für die CDU-Fraktion mit, bei der jährlichen Fortschreibung des Masterplanes „Perspektive Jever“ handele es sich zwar lediglich um eine Kenntnisnahme, merkt jedoch zugleich an, dass die Stadt Jever aufgrund der künftigen finanziellen Situation gegebenenfalls auf einzelne Maßnahmen bzw. Projekte und damit eventuell auch auf generierbare Fördermittel verzichten sollte. Als Beispiel nennt **er** die Umsetzung der Radvorrangroute „Jever-Schortens“. **Beigeordneter Zillmer** führt weiterhin aus, dass die Stadt Jever erhebliche finanzielle Mittel einsparen könne, wenn sie dieses Projekt nicht umsetze. Stattdessen könnten die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel eher für anderweitige und dringendere Projekte verwendet werden. Abschließend betont **er**, dass die gesamte Haushaltssituation stets bedacht werden müsse und schlägt im Namen der CDU-Fraktion vor, auf die Umsetzung der Radvorrangroute „Jever-Schortens“ zu verzichten und diese Maßnahme aus dem Masterplan zu streichen.

**Ratsherr de Neidels** hebt lobend hervor, dass sich die finanzielle Situation der Stadt Jever im Vergleich zu den umliegenden Kommunen positiver gestalte, sodass es der Stadt Jever bereits seit Jahren und auch aktuell noch möglich sei, zu investieren. Dass dies grundsätzlich überhaupt möglich sei, sei der guten Arbeit von Rat und Verwaltung in den vergangenen Jahren zu verdanken. **Er** bedauert jedoch, dass die Verwaltung ausschließlich jene Projekte umsetze, die sie selbst auch umsetzen wolle. Die Vorgaben der Politik würden oftmals nicht bzw. ausschließlich mit Nachdruck der Politik umgesetzt. **Ratsherr de Neidels** führt weiterhin aus, die nunmehr vorliegende Fortschreibung des Masterplanes für das Haushaltsjahr 2025 beinhalte zwar zahlreiche zu begrüßende Maßnahmen, sämtliche dem Themenbereich „Fahrradverkehr“ betreffende Maßnahmen seien jedoch nur in dem Masterplan für das kommende Haushaltsjahr berücksichtigt worden, weil der Rat der Stadt Jever dies mit Nachdruck gefordert habe. **Er** macht deutlich, dass die Maßnahmen zur Förderung des Fahrradverkehrs in Jever nicht nur von der SPD-Fraktion oder Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen gefordert worden seien, sondern auch die Gruppe SWG / FB oftmals Maßnahmen zur Verbesserung der Fahrradinfrastruktur in Jever gefordert habe. Auch die Umsetzung der zahlreichen Maßnahmen aus dem „Radfahrplan 2021 – 2030“, der im Jahr 2020 auf Vorschlag der Verwaltung mit großer Mehrheit vom Rat der Stadt Jever beschlossen worden und somit als Arbeitsauftrag an die Verwaltung zu verstehen sei, schreite nicht wirklich voran. Etwaige Vorhaben bezüglich der Fahrradwege an den Hauptstraßen innerorts seien im Masterplan ebenfalls nicht enthalten. **Ratsherr de Neidels** betont ferner, es sei nicht wünschenswert, dass die Fahrradfahrerinnen und Fahrradfahrer in Jever dauerhaft auf der Fahrbahn mit über 10.000 Kraftfahrzeugen täglich fahren müssten. Die aktuell vorhandenen Piktogrammketten mit den Fahrradsymbolen auf einigen

Hauptverkehrsstraßen der Stadt Jever sollten lediglich eine Übergangslösung darstellen, bis die Fahrradwege an den Hauptstraßen realisiert worden seien. Aus diesem Grund habe die Fraktion Bündnis 90 / Grünen gemeinsam mit der SPD-Fraktion am 17. Januar 2022 den Antrag gestellt, eine Leitplanung für Fahrradwege auszuarbeiten. Diese Leitplanung sollte eine konkrete Zeitplanung für die abschnittsweise Schaffung von Fahrradwegen an den Hauptachsen der Stadt Jever, wie es ebenfalls der „Radfahrplan 2021 – 2030“ der Stadt Jever vorsehe, beinhalten. Dieser Antrag sei seitens der Verwaltung jedoch lange nicht bearbeitet worden. Erst auf Drängen der Politik sei diese Thematik auf die Tagesordnung des entsprechenden Fachausschusses gesetzt und ein entsprechender Beschluss gefasst worden, jedoch bislang ohne sichtbare Umsetzung oder langfristige Planung. **Er** merkt außerdem an, dass die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen dem Haushaltsplan der Stadt Jever für das Haushaltsjahr 2024 beinahe nicht zugestimmt hätte, wenn in 2024 erneut keine Vorhaben hinsichtlich des „Radfahrplanes 2021 – 2030“ umgesetzt würden. Als Beispiele seien die Realisierung der Fahrradvorrangroute „Jever-Schortens“ oder die Errichtung der bereits seit längerer Zeit in Planung befindlichen Fahrradabstellanlage am Graftenhaus zu nennen. Auch entlang der Wittmunder Straße als erste Hauptverkehrsachse sollte in diesem Jahr nunmehr ein Fahrradweg geschaffen werden. Bedauerlicherweise seien eben diese drei Vorhaben bislang – entgegen der Aussagen der Verwaltung – abermals nicht umgesetzt oder gar begonnen worden. **Ratsherr de Neidels** hebt des Weiteren hervor, er sei stets an Sachlichkeit interessiert, gleichwohl könne er aber auch nachvollziehen, dass sich einige Ratskolleginnen und Ratskollegen oder gar Bürgerinnen und Bürger durch die Verwaltung getäuscht fühlten, da deren Anliegen ohnehin nicht umgesetzt würden. **Er** erklärt abschließend, dass all die Vorhaben, die vorrangig den Fahrradverkehr betreffen würden, nicht realisiert würden, liege nicht an den mangelnden finanziellen Mitteln. Insbesondere für die Verbesserung der Fahrradinfrastruktur könnten Fördermittel in nicht unerheblicher Höhe generiert werden. Vielmehr liege die mangelnde Umsetzung solcher Vorhaben seines Erachtens darin begründet, dass die Verwaltung diese nicht umsetzen wolle bzw. innerhalb der Verwaltung kein Plan zur Umsetzung dieser Projekte vorhanden sei. Aus den genannten Gründen werde er und gegebenenfalls auch die Mehrheit der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen die Fortschreibung des Masterplanes „Perspektive Jever“ für das Haushaltsjahr 2025 nicht zur Kenntnis nehmen.

**Ratsherr Fischer** führt für die SPD-Fraktion aus, die Fortschreibung des Masterplanes „Perspektive Jever“ für das Jahr 2025 enthalte wichtige und richtungsweisende Investitionen, die die Stadt Jever als Kommune im Gegensatz zu anderen kreisangehörigen Kommunen tätigen könne. **Er** macht deutlich, es sei ebenfalls von enormer Bedeutung, antizyklisch zu investieren und betont, ein solches Handeln trage ebenfalls dazu bei, dass die Stadt Jever langfristig attraktiv und als lebens- und lebenswerte Stadt anerkannt bleibe. Dieses hätten die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Jever verdient. Gleichwohl sollte stets der sorgsame Umgang mit den zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln bedacht werden. **Ratsherr Fischer** hebt die Arbeit der Verwaltung zugleich lobend hervor und erklärt, die Fortschreibung des Masterplanes für das Jahr 2025 enthalte sämtliche bedeutende Großprojekte, wie beispielweise die Erweiterung und der Umbau der Paul-Sillus-Grundschule zu einer Ganztagschule, der Ausbau der Feuerwache an der Milchstraße sowie der Neubau der Kindertagesstätte in Rahrdum. **Er** fasst weiterhin zusammen, gemeinsames Ziel von Rat und Verwaltung der Stadt Jever müsse der Erhalt bzw. die Steigerung der Attraktivität der Stadt Jever sein. Die nunmehr vorliegende Fortschreibung des Masterplanes für das Jahr 2025 beinhalte bedeutende Projekte, die dieses Ziel erfüllten und gar zu einer positiven Stadtentwicklung beitragen würden. Auch die Verwaltung sei zu jeder Zeit bestrebt, diese bedeutenden Großprojekte bestmöglich zum Wohle der Stadt Jever und ihrer Bürgerinnen und Bürger umzusetzen. Dafür spricht **Ratsherr Fischer** der Verwaltung im Namen der SPD-Fraktion abschließend seinen Dank aus.

**Ratsfrau Raquet** teilt bezugnehmend auf die Geschäftsordnung für den Rat, den Verwaltungsausschuss, die Ratsausschüsse und die nach besonderen Rechtsvorschriften

gebildeten Ausschüsse der Stadt Jever mit, Gegenstand der Tagesordnung der heutigen Ratssitzung sei der Masterplan „Perspektive Jever“ und dessen Fortschreibung für das Jahr 2025. Das Vortragen eines Statements ausschließlich zur Thematik „Fahrradverkehr“ sei nicht Gegenstand der Tagesordnung. **Sie** bittet darum, künftig ausschließlich zum jeweiligen Tagesordnungspunkt zu sprechen und jegliche Äußerungen zu Themen, die nicht Gegenstand der jeweiligen Tagesordnung seien, zu unterlassen. Gleichwohl erklärt **Ratsfrau Raquet**, dass sie die Äußerungen des Rats Herrn de Neidels nachvollziehen und teilweise unterstreichen könne. Auch ihrer Ansicht nach würden einzelne Maßnahmen bzw. Vorhaben zu langsam oder nahezu kaum vorangetrieben oder umgesetzt. **Sie** führt außerdem aus, dass zahlreiche in dem Masterplan genannten Projekte umgesetzt werden müssten und bei einzelnen Maßnahmen keinerlei Diskussionsbedarf vorhanden sei. Dennoch werde die FDP-Fraktion im Rahmen der Haushaltsberatungen um den Entwurf des Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2025 auch Acht darauf geben, dass die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel mit Bedacht verwendet würden. Nicht jede im Masterplan enthaltene Maßnahme und deren Umsetzung sei zwingend erforderlich oder gar finanziell realisierbar, sodass beispielsweise auch die Realisierung eines Fahrradweges diskussionswürdig sei. Dabei sei auch unerheblich, ob für die jeweilige Maßnahme Fördermittel generierbar seien, denn für jegliche Maßnahme, die gefördert werde, sei dennoch ein finanzieller Eigenanteil zu leisten, den sich die Stadt Jever möglicherweise jedoch aktuell nicht leisten könne. Des Weiteren betont **Ratsfrau Raquet**, dass die FDP-Fraktion dem Beschlussvorschlag der Verwaltung, die Fortschreibung des Masterplanes „Perspektive Jever“ für das Jahr 2025 zur Kenntnis zu nehmen, zustimmen werde und bittet die übrigen Ratsmitglieder abschließend eindringlich darum, künftig ausschließlich zum entsprechenden Tagespunkt zu sprechen.

**Rats Herr Zillmer** wirft bezugnehmend auf die Ausführungen des Rats Herrn de Neidels ein, dass ein Vergleich der Haushaltssituation der Stadt Jever mit der Haushaltssituation der übrigen kreisangehörigen Kommunen nicht zielführend, gar irrelevant und unerheblich sei. Die finanzielle Situation der übrigen kreisangehörigen Städte und Gemeinden sei für die Erfüllung der wesentlichen Aufgaben des Rates der Stadt Jever nicht von Belang. **Er** macht deutlich, wesentliche Aufgabe eines jeden Rates sei, mit den eigenen finanziellen Mitteln sorgsam und mit Bedacht umzugehen. Dazu zähle auch, dafür Sorge zu tragen, dass die vorhandenen finanziellen Mittel auskömmlich seien. Im Umkehrschluss bedeute dies zudem, dass etwaige geplante Maßnahmen auch aufgeschoben oder nicht mehr realisiert werden könnten.

**Rats Herr Albers** führt aus, die Fortschreibung des Masterplanes „Perspektive Jever“ für das Jahr 2025 beinhalte zahlreiche Vorhaben, zu deren Umsetzung die Stadt Jever gesetzlich verpflichtet sei. Als Beispiele nennt **er** die Erweiterung und den Umbau der Paul-Sillus-Grundschule zu einer Ganztagschule, den Ausbau und Umbau der Feuerwache an der Milchstraße sowie den Neubau der Kindertagesstätte in Rahrdum. **Rats Herr Albers** merkt jedoch zugleich an, dass der Fortschreibung des Masterplanes ebenfalls zahlreiche Maßnahmen zu entnehmen seien, deren Umsetzung in der Zukunft zumindest fraglich sei. In diesem Zusammenhang verweist **er** auf den Tagesordnungspunkt 14 „Erschließung eines neuen Gewerbegebietes nördlich der B 210“ der heutigen Sitzung. Die Erschließung eines neuen Gewerbegebietes werde – vorbehaltlich der abschließenden Beschlussfassung des Rates der Stadt Jever – voraussichtlich aufgrund der finanziellen Situation der Stadt Jever zunächst zurückgestellt. Diese verdeutliche, in welcher angespannten finanziellen Situation sich die Stadt Jever aktuell befinde und unter diesem Aspekt müsse seines Erachtens auch der Masterplan bzw. dessen Fortschreibung betrachtet werden. **Rats Herr Albers** macht abschließend deutlich, wenn es sich die Stadt Jever insgesamt nicht mehr erlauben könne, ein neues Gewerbegebiet zu erschließen, welches die Grundlage für weitere Gewerbesteuererinnahmen darstelle, sei die finanzielle Situation ernster als sie nach außen dargestellt werde. Dieser Tatsache müssten sich alle bewusst sein.

**Ratsherr Theemann** erklärt, die Fortschreibung des Masterplanes für das Haushaltsjahr 2025 sei dem Rat der Stadt Jever zur richtigen Zeit vorgelegt worden. Auch inhaltlich sei die Fortschreibung des Masterplanes zu begrüßen. **Er** gibt jedoch zugleich zu bedenken, maßgeblich für die Umsetzung sämtlicher Maßnahmen seien die Beratungen zu dem jeweiligen Haushaltsplan der Stadt Jever sowie letztlich der jeweils genehmigte Haushalt. Aus diesem Grund sei es seiner Ansicht nach auch nicht erforderlich, in der heutigen Sitzung des Rates unter diesem Tagesordnungspunkt über die Realisierung einzelner Projekte zu diskutieren. **Ratsherr Theemann** mahnt weiterhin an, dass die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel nicht unendlich seien und nicht in Erwägung gezogen werden sollte, die Realsteuern erneut zu erhöhen, um all die zahlreichen Maßnahmen aus dem Masterplan auch umsetzen zu können. In diesem Zusammenhang weist **er** zudem darauf hin, dass durch die Grundsteuerreform, welche 2025 in Kraft trete, eine Aufkommensneutralität erzielt werden sollte, sodass die Hebesätze gegebenenfalls auch entsprechend angepasst werden müssten. Gleichwohl hebt **Ratsherr Theemann** abschließend hervor, dass die Fortschreibung des Masterplanes für das Haushaltsjahr 2025 eine ideale Grundlage für die anstehenden Haushaltsberatungen über den kommenden Haushaltsplan 2025 der Stadt Jever darstelle.

**Bürgermeister Albers** führt aus, die Fortschreibung des Masterplanes für das Jahr 2025 nicht zur Kenntnis zu nehmen, obwohl detailliert aus dem Masterplan vorgetragen worden sei, gestalte sich schwierig. Des Weiteren erklärt **er**, dass es sich bei der Fortschreibung des Masterplanes zunächst um eine Auflistung über die faktische Umsetzung von größeren Investitionen für Jever handele, die dem Rat und der Verwaltung der Stadt Jever als Übersicht über die in der Zukunft umzusetzenden Maßnahmen diene, damit diese über die einzelnen anstehenden Maßnahmen und Projekte bereits frühzeitig informiert seien und gemeinsam Überlegungen anstellen könnten, in welchem Umfang die für die Realisierung erforderlichen finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden könnten. Sollte der Rat hinsichtlich etwaiger einzelner Maßnahmen Änderungsvorschläge haben, könne dieser diese mithilfe von Anträgen vorbringen. Auch sei eine reine Kenntnisnahme der jeweiligen Fortschreibung des Masterplanes nicht zwingend erforderlich. **Der Bürgermeister** weist jedoch darauf hin, dass es seit Vorlage des Masterplanes und seiner jährlichen Fortschreibungen ausdrücklicher Wunsch des Rates der Stadt Jever gewesen sei, diesen bzw. die Fortschreibungen jährlich nur zur Kenntnis zu nehmen. Hinsichtlich der Thematik „Fahrradverkehr“ macht **Bürgermeister Albers** deutlich, dass für das Haushaltsjahr 2025 entsprechend der aktuell vorliegenden Fortschreibung des Masterplanes Investitionen in Höhe von rund zwei Millionen Euro für die Verbesserung der Fahrradinfrastruktur in Jever vorgesehen seien. Konkret würden im kommenden Jahr die Planung des Bürgerradweges entlang der Landesstraße 813, die Errichtung der Fahrradabstellanlage vor dem Graftenhaus, aber auch die Fahrradvorrangroute „Jever-Schortens“ realisiert werden können. Ferner solle im kommenden Jahr auch der Fahrradweg im Sanierungsgebiet IV „Lohne / Schlachte / Hooksweg“, welcher um die Wallanlagen verlaufe, ertüchtigt werden. Bezugnehmend auf den „Radfahrplan 2021 – 2030“ der Stadt Jever betont **er**, dass dieser für den Zeitraum von 2021 bis 2030 gelte. Aktuell befinde sich die Stadt Jever im dritten Jahr der Umsetzung seit Beschlussfassung des Rates. Insgesamt hätten Rat und Verwaltung der Stadt Jever nach diesen drei Jahren seit Beschlussfassung dieses „Radfahrplanes“ bereits weitaus mehr als 50 % der in diesem Plan enthaltenen Maßnahmen umgesetzt. Lediglich die Umsetzung der großen, sichtbaren und kostenintensiveren Vorhaben aus dem „Radfahrplan“ stehe noch aus. Die Anschuldigungen einzelner Fraktionen im Rat der Stadt Jever, die Verwaltung sei nicht in der Lage, den „Radfahrplan 2021 – 2030“ umzusetzen, seien folglich haltlos und gegenüber den Kolleginnen und Kollegen aus der Verwaltung nicht fair. **Bürgermeister Albers** bittet abschließend eindringlich darum, künftig von etwaigen Anschuldigungen gegenüber der Verwaltung abzusehen.

**Der Ratsvorsitzende** unterstreicht die Ausführungen des Bürgermeisters dahingehend, dass es sich bei der Fortschreibung des Masterplanes zunächst um eine Auflistung über die

faktische Umsetzung von größeren Investitionen für Jever handele, die dem Rat und der Verwaltung der Stadt Jever als Übersicht über die in der Zukunft umzusetzenden Maßnahmen diene, damit diese über die einzelnen anstehenden Maßnahmen und Projekte bereits frühzeitig informiert seien und gemeinsam Überlegungen anstellen könnten, in welchem Umfang die für die Realisierung erforderlichen finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden könnten. Ferner weist er darauf hin, dass die tatsächliche Umsetzung der in dem Masterplan aufgeführten Maßnahmen und Projekte jeweils einer gesonderten Beschlussfassung durch die politischen Gremien des Rates der Stadt Jever bedürfe.

Der Rat der Stadt Jever beschließt sodann:

***Der Masterplan 2025 wird zur Kenntnis genommen.***

Abstimmung: ohne Gegenstimme beschlossen: Ja 24 Nein 0 Enthaltung 3 Befangen 0

**TOP 13. Festlegung einer Wertgrenze nach § 12 Abs. 1 Satz 1 KomHKVO**

**FiWiA Nr. 14 vom 30. September 2024**

**VA Nr. 53 vom 15. Oktober 2024**

**Vorlage: BV/0818/2021-2026**

Der Rat der Stadt Jever beschließt:

***Die Wertgrenze für Investitionen von erheblicher finanzieller Bedeutung nach § 12 Abs. 1 Satz 1 KomHKVO wird ab dem Haushaltsjahr 2025 auf 750.000 € festgesetzt.***

Abstimmung: ohne Gegenstimme beschlossen: Ja 26 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

**TOP 14. Erschließung eines neuen Gewerbegebietes nördlich der B 210**

**FiWiA Nr. 14 vom 30. September 2024**

**VA Nr. 53 vom 15. Oktober 2024**

**Vorlage: BV/0832/2021-2026**

**Ratsherr Wolken** betont, dass die Erschließung eines neuen Gewerbegebietes nicht gewollt sei, sei nicht richtig und erklärt zugleich, über einen längeren Zeitraum sei ein Interessenbekundungsverfahren durchgeführt worden, um abzufragen, ob Gewerbetreibende ein Interesse an einer Niederlassung ihres Betriebes in einem noch zu erschließenden Gewerbegebiet hätten. Bedauerlicherweise hätten sich kaum Gewerbetreibende gemeldet und ihr Interesse bekundet, sich mit ihrem Gewerbebetrieb in dem noch zu erschließenden neuen Gewerbegebiet niederzulassen. **Er** führt weiterhin aus, ohne eine ausreichende Anzahl von Gewerbetreibenden könne keine finanzielle Förderung für die Erschließung eines neuen Gewerbegebietes generiert werden. Eine eigenständige Erschließung eines neuen Gewerbegebietes sei aus finanziellen Gründen aktuell ebenfalls nicht umsetzbar, sodass zunächst von der Realisierung eines neuen Gewerbegebietes abgesehen werden müsse. Abschließend zeigt sich **Ratsherr Wolken** jedoch zuversichtlich, dass in naher Zukunft wieder vermehrt ein Interesse an einer Niederlassung von Gewerbebetrieben in Jever bestehe und folglich sodann ein neues Gewerbegebiet in Jever realisiert werden könne.

Sodann beschließt der Rat der Stadt Jever:

***Von der Realisierung eines neuen Gewerbegebietes nördlich der B 210 wird derzeit abgesehen.***

***Die Verwaltung wird beauftragt, den Bedarf an Gewerbegrundstücken und die Förderkulisse regelmäßig zu prüfen.***

Abstimmung: ohne Gegenstimme beschlossen: Ja 24 Nein 0 Enthaltung 3 Befangen 0

**TOP 15.      Bürgerbeteiligung in der Stadt Jever;  
                  Beschlussfassung über die Erweiterung der Vorhabenliste 2024**

**VA Nr. 53 vom 15. Oktober 2024  
Vorlage: BV/0853/2021-2026**

**Ratsfrau Thomßen** führt für die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen aus, ihre Fraktion sei erfreut darüber, dass die Bürgerbeteiligung, welche seinerzeit aufgrund eines gemeinsamen Antrages der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen und der FDP-Fraktion vom April 2017 initiiert worden sei, auf diese Weise gelebt werde. **Sie** merkt jedoch zugleich an, dass die aktuelle Vorhabenliste 2024 der Stadt Jever um ein Vorhaben bezüglich der Thematik „Ganztag in der Zukunft“ erweitert worden sei, zu dem zwar im November 2024 eine Bürgerbeteiligung vorgesehen sei, aber bisher lediglich ausgewählte Bürgerinnen und Bürger tatsächlich eingeladen worden seien. Diese Vorgehensweise sei ihrer Ansicht nach voraussichtlich keinem Mitglied des Arbeitskreises „Bürgerbeteiligung“, in dessen vergangener Sitzung ebenfalls über die Erweiterung der Vorhabenliste 2024 der Stadt Jever beraten worden sei, konkret bewusst gewesen. **Ratsfrau Thomßen** bemängelt, dass eine solche beabsichtigte Veranstaltung, zu der lediglich ausgewählte Bürgerinnen und Bürger eingeladen worden seien, vielmehr eine geschlossene Veranstaltung darstelle und dem Namen einer Bürgerbeteiligung nicht würdig sei. **Sie** betont weiterhin, Bürgerinnen und Bürger fühlten sich nur ernst genommen, wenn sie auch bei konkreten Projekten mitgenommen bzw. beteiligt würden. Dies Sorge für Vertrauen, Transparenz, Identifikation mit der Stadt sowie für Akzeptanz von kommunalpolitischen Entscheidungen. Selbst wenn nach dieser Veranstaltung im November 2024 noch eine Online-Beteiligung erfolgen sollte, handele es sich um keine reelle Bürgerbeteiligung, da kein Diskurs mehr erfolge und die abschließende Meinung über diese Angelegenheit bereits in der geschlossenen, nichtöffentlichen Sitzung, zu der lediglich ausgewählte Bürgerinnen und Bürger eingeladen worden seien, gebildet worden sei. **Ratsfrau Thomßen** macht deutlich, dass der Rat der Stadt Jever mutig sein sowie die Bürgerinnen und Bürger der Stadt ernst nehmen und nunmehr eine offene Diskussion mit den Bürgerinnen und Bürgern bzw. eine reelle Bürgerbeteiligung ermöglichen sollte. Insgesamt müsse den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Jever mehr Mitsprache eingeräumt werden.

**Ratsherr de Neidels** unterstreicht die Ausführungen der Ratsfrau Thomßen vollumfänglich und erinnert, in der jüngeren Vergangenheit habe der Rat der Stadt Jever gemerkt, dass eine offene und direkte Kommunikation mit den Eltern von enormer Bedeutung sei. Zudem sei es wichtig, den Bürgerinnen und Bürgern insbesondere bei emotionalen Themen wie der Ganztagsbetreuung die Gelegenheit zu geben, sich einzubringen und zu beteiligen. **Er** merkt ferner an, auch wenn es sich bei denjenigen Bürgerinnen und Bürgern, die sich einbringen wollten, gegebenenfalls bestimmt auch um Elternvertreter/-innen handele, seien diese jedoch sicherlich nicht in der Überzahl. Auch sollte berücksichtigt werden, dass Menschen, die sich einbringen wollten, sicherlich auch gute Ideen hätten. Beispielsweise arbeiteten zahlreiche Bürgerinnen und Bürger in sozialen Bereichen und hätten gegebenenfalls Erfahrung mit ähnlichen Themenbereichen. **Ratsherr de Neidels** betont des Weiteren, es

sei nicht verwerflich, den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit einzuräumen, an der Veranstaltung teilzunehmen und sich zu informieren, zumal seines Erachtens sicherlich nicht alle Eltern von Kindern, die die Grundschule oder die Kindertagesstätten besuchten, zu dieser Veranstaltung kommen würden. Gleichwohl hätten diese sodann jedoch die Gelegenheit, an dieser Veranstaltung teilzunehmen und sich zu informieren, sofern es diese interessiere. Abschließend spricht er sich dafür aus, die geplante Bürgerbeteiligungsveranstaltung im November 2024 gänzlich für die Öffentlichkeit zugänglich zu machen und appelliert an den Rat, dies entsprechend zu unterstützen.

**Beigeordneter Zillmer** wirft ein, die Elternvertretungen seien von den Eltern gewählt worden, damit diese sie bzw. ihre Interessen beispielsweise bei solchen geplanten Veranstaltungen vertreten könnten. Sofern die Eltern nunmehr auch zu dieser Veranstaltung geladen würden, sei die Wahl von Elternvertretungen künftig obsolet. Er unterstützt den Vorschlag der Verwaltung, dass ausschließlich die Schulleiterinnen der drei städtischen Grundschulen, die Leitungen der Kindertagesstätten in der Stadt Jever, die Trägervertreter/-innen der Kindertagesstätten sowie die Vorstände der Stadtelterntervertretungen der Kindertagesstätten und Grundschulen zu dieser Veranstaltung eingeladen worden seien und spricht sich dagegen aus, die geplante Bürgerbeteiligungsveranstaltung im November 2024 gänzlich für die Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

**Ratsfrau Raquet** unterstreicht die Ausführungen des Beigeordneten Zillmer ausdrücklich und teilt mit, dass Veranstaltungen schnell unübersichtlich werden könnten, wenn zahlreiche Bürgerinnen und Bürger ihre unterschiedlichen Meinungen in der jeweiligen Veranstaltung vertreten würden. Ihrer Ansicht nach könnten und sollten die Elternvertretungen die Elternschaft in der Veranstaltung am 26. November 2024 vertreten. Ferner seien seitens der Mitglieder des Arbeitskreises „Bürgerbeteiligung“ gegen die Ausgestaltung dieser geplanten Veranstaltung keine Einwände vorgetragen worden, sodass auch sie sich dafür ausspricht, an dem beabsichtigten Verfahren festzuhalten. Sollte es jedoch eher gewünscht sein, etwaige Veranstaltungen gänzlich für die Öffentlichkeit zu öffnen, sollte ihrer Ansicht nach eher darüber nachgedacht werden, künftig grundsätzlich Bürgerversammlungen einzuberufen.

**Ratsfrau Thomßen** hebt erneut hervor, dass es sich bei der beabsichtigten Bürgerbeteiligungsveranstaltung um keine reelle Bürgerbeteiligung handele, wenn die breite Öffentlichkeit nicht eingeladen werde. Sie beantragt sodann, die Bürgerbeteiligungsveranstaltung mit dem Titel „Ganztag in der Zukunft“, die im November 2024 stattfinden solle, gänzlich für die Öffentlichkeit zu öffnen und die interessierte Öffentlichkeit nachträglich noch zu der Veranstaltung einzuladen, damit Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeiten erhielten, sich zu beteiligen und zu informieren.

**Bürgermeister Albers** führt ausführlich zu den Beweggründen der Verwaltung für das gewählte Verfahren der Bürgerbeteiligungsveranstaltung „Ganztag in der Zukunft“ aus. Er erklärt, die Verwaltung habe bereits vor einiger Zeit ein Ganztagsbetreuungskonzept erarbeitet und öffentlich vorgestellt. Ferner habe die Verwaltung die Stadtelternräte frühzeitig zur Veranstaltung, die am 26. November 2024 stattfinden werde, eingeladen und im Rahmen der Einladung diese darum gebeten, Kontakt mit den Eltern aufzunehmen, um ein breites Meinungsbild einzuholen. Die Vertreterinnen bzw. Vertreter der Eltern hätten somit zwei Monate Zeit gehabt, um mit den Eltern Rücksprache zu halten. Die Verwaltung habe dieses Verfahren und die damit einhergehende Verfahrensweise in der Vorhabenliste der Stadt Jever für das Jahr 2024 aufgenommen und in der letzten Sitzung des Arbeitskreises „Bürgerbeteiligung“ am 16. September 2024 vorgestellt. Seinerzeit habe dieser seine Zustimmung zu dem von der Verwaltung vorgeschlagenen Verfahren erteilt. Im Nachgang sei jedoch eine Diskussion darüber entstanden, ob die Veranstaltung für alle Bürgerinnen und Bürger geöffnet werden solle. Die Verwaltung habe intensiv über die Möglichkeiten der Verfahrensweise nachgedacht. Seiner Ansicht nach könne eine derartige Veranstaltung

prinzipiell auch öffentlich stattfinden, jedoch sei in diesem Falle angedacht worden, lediglich einen kleinen Personenkreis einzuladen, um intensiv über die Thematik diskutieren und möglichst effektiv arbeiten zu können. Nachdem eine breitere Beteiligung gewünscht worden sei, seien zusätzlich noch die 25 Elternvertretungen der Kindertageseinrichtungen zur Veranstaltung am 26. November 2024 eingeladen worden, sodass die Inhalte der Veranstaltungen noch breiter gestreut werden könnten und jede Einrichtung beteiligt werde. Weiterhin merkt **der Bürgermeister** an, sofern sich im Rahmen der Veranstaltung herausstellen sollte, dass eine über diese Veranstaltung hinausgehende Bürgerbeteiligung erforderlich sei, spricht er sich dafür aus, gegebenenfalls zusätzlich noch eine Online-Beteiligung anzubieten. Die Erfahrung habe gezeigt, dass Präsenzveranstaltungen ohnehin oftmals weniger stark besucht würden, sodass eine Online-Umfrage meist erfolgsversprechender sei. **Bürgermeister Albers** teilt des Weiteren mit, die Endfassung des Ganztagskonzepts werde zudem im Rahmen der politischen Beratung öffentlich in der entsprechenden Fachausschusssitzung vorgestellt. In diesem Zusammenhang betont er erneut, er halte das von der Verwaltung vorgeschlagene Verfahren für richtig, da dieses auf demokratische Strukturen aufbaue. Hinsichtlich des soeben von der Ratsfrau Thomßen gestellten Antrages, die Bürgerbeteiligungsveranstaltung mit dem Titel „Ganztag in der Zukunft“ gänzlich für die Öffentlichkeit zu öffnen und die interessierte Öffentlichkeit nachträglich zu der Veranstaltung einzuladen, macht **der Bürgermeister** deutlich, dass dieser Antrag in der Form nicht zulässig sei. Gegenstand der Tagesordnung sei ausschließlich die Erweiterung der Vorhabenliste um das Vorhaben „Ganztag in der Zukunft“. Er regt stattdessen an, den Antrag zu modifizieren und den Beschlussvorschlag dahingehend zu ändern, die als Anlage beigefügte Vorhabenliste 2024 mit der Änderung zu beschließen, dass die im Rahmen des Vorhabens „Ganztag in der Zukunft“ geplante Bürgerbeteiligungsveranstaltung gänzlich für die Öffentlichkeit geöffnet und die interessierte Öffentlichkeit nachträglich noch zu der Veranstaltung eingeladen werde. Gleichwohl hebt **Bürgermeister Albers** abschließend hervor, dass er sich weiterhin für das ursprünglich vorgeschlagene Verfahren ausspreche.

Seitens der Mitglieder des Rates der Stadt Jever werden keine Einwände gegen den durch den Bürgermeister modifizierten Antrag erhoben.

Sodann bittet **der Ratsvorsitzende** zunächst um Abstimmung über den seitens der Ratsfrau Thomßen und durch Bürgermeister Albers modifizierten Antrag, die als Anlage beigefügte Vorhabenliste 2024 mit der Änderung zu beschließen, dass die im Rahmen des Vorhabens „Ganztag in der Zukunft“ geplante Bürgerbeteiligungsveranstaltung gänzlich für die Öffentlichkeit geöffnet und die interessierte Öffentlichkeit nachträglich zu der Veranstaltung eingeladen werde.

Abstimmung: mehrheitlich abgelehnt: Ja 7 Nein 14 Enthaltung 6

Der Rat der Stadt Jever beschließt sodann:

- a) ***Der Erweiterung der Vorhabenliste der Stadt Jever für das Jahr 2024 wird entsprechend den Empfehlungen des Arbeitskreises „Bürgerbeteiligung“ zugestimmt. Die als Anlage beigefügte Vorhabenliste 2024 der Stadt Jever wird mit der Erweiterung beschlossen.***
  
- b) ***Die erweiterte Vorhabenliste 2024 der Stadt Jever wird gemäß den Leitlinien für mitgestaltende Bürgerbeteiligung in der Stadt Jever auf der Internetseite der Stadt Jever veröffentlicht.***

Abstimmung: einstimmig beschlossen: Ja 27 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

**TOP 16. Resolution zur auskömmlichen Gestaltung der finanziellen Ausstattung der Kommunen bezüglich der durch den Bund übertragenen Aufgaben und Verpflichtungen;  
Antrag der CDU-Fraktion vom 21. Juli 2024**

**VA Nr. 53 vom 15. Oktober 2024**  
**Vorlage: BV/0852/2021-2026**

*Frau Beckmann verlässt die Sitzung.*

**Ratsherr Zillmer** erinnert daran, dass die Kommunen zunehmend eine Vielzahl an Aufgaben vom Bund übertragen bekommen würden. Als Beispiel nennt er für die Stadt Jever das „Einrichten von Ganztagschulen“ und teilt mit, die Erweiterung und der Umbau der Paul-Sillus-Grundschule werde voraussichtlich rund zehn Millionen Euro kosten. Die zu generierenden Fördermittel würden sich jedoch lediglich auf ca. 500.000 Euro belaufen. Seiner Ansicht nach sei allein an diesem Beispiel deutlich zu erkennen, dass zwischen Auftrag und finanzieller Ausstattung eine deutliche Differenz bestehe und diese Entwicklungen nicht mehr hinnehmbar seien. Aus diesem Grund habe die CDU-Fraktion den Antrag gestellt, dass die Stadt Jever eine Resolution zur auskömmlichen Gestaltung der finanziellen Ausstattung der Kommunen bezüglich der durch den Bund übertragenen Aufgaben und Verpflichtungen vorbereiten und der Rat der Stadt Jever diese verabschieden solle. Es sei wichtig, mithilfe einer solchen Resolution auf die Missstände aufmerksam zu machen, um gegebenenfalls zeitnah eine Änderung erwirken zu können.

**Ratsherr Fischer** teilt im Namen der SPD-Fraktion mit, dass sie die im Entwurf vorliegende Resolution ausdrücklich begrüße. Es sei entscheidend, dass das Konnexitätsprinzip von den handelnden Akteurinnen und Akteuren des Bundes und des Landes Niedersachsen alsbald in ausreichender Form berücksichtigt werde und nicht länger Aufgaben an die Kommunen übertragen würden, ohne dafür die benötigten finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen. Er betont, diese hohen finanziellen Belastungen könnten nicht allein von den Kommunen getragen werden. Gleichzeitig weist **Ratsherr Fischer** darauf hin, dass die bisherige Vorgehensweise zur Politikverdrossenheit der Bevölkerung beitrage. Zwar würden in der Theorie gute Beschlüsse seitens des Bundes gefasst, jedoch könne dies nicht zu Lasten der Kommunen erfolgen. Um die Demokratie in Deutschland zu schützen, sei es essenziell, dass eine Verbesserung der aktuellen Situation herbeigeführt werde.

**Ratsherr Theemann** hebt die im Entwurf vorliegende Resolution lobend hervor und spricht sich ebenfalls dafür aus, dass die Kommunen eine bessere finanzielle Unterstützung bei der Wahrnehmung ihrer vom Bund übertragenen Aufgaben erhalten müssten. Gleichzeitig müsse die Stadt Jever in Zukunft besonnener und sparsamer mit ihren finanziellen Mitteln umgehen. Aktuell stehe die Gesellschaft in vielen Bereichen vor enormen Herausforderungen.

**Ratsherr Wolken** betont, er erwarte von den friesischen Abgeordneten im Bund und des Landtages Niedersachsen, dass sich diese ebenfalls ausdrücklich für eine entsprechende Änderung der aktuellen Situation einsetzten.

**Ratsherr Oltmanns** spricht sich im Namen der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen dafür aus, die im Entwurf vorliegende Resolution zu beschließen. Die Kommunen seien finanziell nicht mehr in der Lage, die Aufgaben, die ihnen übertragen würden, zu erfüllen. Er teilt weiterhin mit, er habe gehört, dass die Ordnungsbereiche der Kommunen künftig kontrollieren müssten, ob vor Schulen Cannabis konsumiert würde. Derartige zusätzliche Aufgaben seien personell sowie finanziell nicht zu bewerkstelligen. Zudem habe die Niedersächsische Ministerin für Inneres und Sport, Frau Daniela Behrens, am gestrigen Tage pressewirksam

mitgeteilt, dass sich die Kommunen verschulden dürften, um diese Aufgaben erledigen zu können. Die Länder und der Bund dürften dies aufgrund der Schuldenbremse nicht. Entsprechende Schulden würden künftig von den Kommunalaufsichtsbehörden genehmigt. **Ratsherr Oltmanns** spricht sich vehement gegen ein derartiges Vorgehen aus und teilt abschließend mit, er hoffe, dass der Bund sein Vorgehen nach Erhalt und Durchsicht der Resolution überdenke und die Kommunen künftig finanziell besser ausstatten werde.

**Ratsherr Rott** unterstreicht die Ausführungen ausdrücklich und teilt für die Gruppe SWG / FB mit, dass sich diese ebenfalls dafür ausspreche, die Resolution wie vorgelegt zu beschließen. Die finanzielle Situation der Stadt Jever werde sich bereits im kommenden Jahr deutlich verschlechtern. Aufgrund dessen benötige die Stadt Jever dringend eine angemessene finanzielle Ausstattung durch den Bund.

Sodann beschließt der Rat der Stadt Jever:

***Der anliegenden Resolution zur auskömmlichen Gestaltung der finanziellen Ausstattung der Kommunen bezüglich der durch den Bund übertragenen Aufgaben und Verpflichtungen wird zugestimmt.***

Abstimmung: einstimmig beschlossen: Ja 26 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

## **TOP 17. Neustrukturierung der Stadtverwaltung ab dem 01.01.2025**

**VA Nr. 53 vom 15. Oktober 2024**

**Vorlage: BV/0848/2021-2026**

**Ratsherr Fischer** hebt die geplante Umstrukturierung der Verwaltung lobend hervor. Diese werde seiner Ansicht nach zur Stärkung des Bereichs „Tourismus“ beitragen und auch für die Stadt Jever insgesamt sehr bereichernd sein.

*Frau Beckmann erscheint erneut zur Sitzung.*

**Ratsherr Theemann** begrüßt die geplante Umstrukturierung der Stadtverwaltung im Namen der FDP-Fraktion ebenfalls ausdrücklich und beantragt für die FDP-Fraktion, den Beschlussvorschlag dahingehend zu erweitern, dass der Ausschuss für Kultur, Tourismus, Freizeit, Sicherheit und Ordnung in zwei verschiedene Ausschüsse aufgeteilt werde.

**Bürgermeister Albers** entgegnet, dass ein derartiger Antrag, der nicht Gegenstand der Tagesordnung sei, formell nicht möglich sei und schriftlich gestellt werden müsse. Zugleich teilt er mit, dass die Verwaltung aufgrund der bevorstehenden Änderung der Verwaltungsstruktur auch eine Aufteilung des derzeitigen Ausschusses für Kultur, Tourismus, Freizeit, Sicherheit und Ordnung prüfen werde.

**Ratsherr Oltmanns** hebt die Arbeit der Verwaltung hinsichtlich der Erarbeitung der im Entwurf vorliegenden neuen Verwaltungsstruktur ebenfalls lobend hervor und erklärt, dass diese offensichtlich von allen Fraktionen sowie der im Rat vertretenen Gruppe unterstützt werde. Zugleich betont er, obwohl eine neue Abteilung gebildet werde, führe dies nicht zu einer Personalkostensteigerung. Durch die neue Verwaltungsstruktur würden die Kompetenzen im Bereich des Tourismus zudem insgesamt gestärkt. Abschließend begrüßt **Ratsherr Oltmanns** den Vorschlag der FDP-Fraktion, den Ausschuss für Kultur, Tourismus, Freizeit, Sicherheit und Ordnung in zwei verschiedene Ausschüsse aufzuteilen.

**Ratsfrau Weil** spricht sich im Namen der Gruppe SWG / FB ebenfalls für die vorgelegte neue Verwaltungsstruktur aus. Zudem begrüßt sie die Idee, den Ausschuss für Kultur, Tourismus, Freizeit, Sicherheit und Kultur künftig in zwei Ausschüsse zu unterteilen.

Der Rat der Stadt Jever beschließt sodann:

***Dem beigefügten neuen Organisationsplan der Stadt Jever wird zugestimmt. Der neue Organisationsplan tritt mit Wirkung zum 01. Januar 2025 in Kraft.***

***Der Stellenplan und die Haushaltssystematik der Stadt Jever sind an die neue Organisationsstruktur anzupassen.***

Abstimmung: ohne Gegenstimme beschlossen: Ja 26 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

## **TOP 18.      Anfragen und Anregungen**

### **TOP 18.1.    Stärkung des Tourismus**

**Ratsherr Ultsch** teilt mit, durch die soeben beschlossene Neustrukturierung der Verwaltung zum 01. Januar 2025 werde der Bereich Tourismus aufgewertet und gestärkt. Zudem weist er hinsichtlich des Tourismus darauf hin, dass das „RKW Kompetenzzentrum“, welches sich für die Stärkung von kleineren und mittleren Unternehmen einsetze, in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Tourismusverband e. V. (DTV) sowie Vertreterinnen bzw. Vertretern aus Wissenschaft, Verbänden, Kammern und Unternehmen den Leitfaden „Tourismus 50plus: Anforderungen erkennen – Wünsche erfüllen“ veröffentlicht habe, der der Stadt Jever durchaus dienlich sein könne. In diesem werde unter anderem darüber informiert, dass die Anzahl der reisenden Personen, die älter als 50 Jahre alt seien, aufgrund des demografischen Wandels in den kommenden Jahren stetig steigen werde. Der Tourismusbeauftragte der Bundesregierung, Herr Dieter Janecek, habe festgehalten, dass der „typische Tourist“ über 50 Jahre alt sei. **Ratsherr Ultsch** regt an, das Tourismuskonzept der Stadt Jever entsprechend anzupassen, neue Ideen für den Bereich Tourismus zu entwickeln und die Chancen als Tourismusstandort, insbesondere für ältere Menschen, zu nutzen.

### **TOP 18.2.    Hausverbot in der Grundschule in Cleverns**

**Ratsherr Eden** informiert die Anwesenden darüber, ihm sei von einigen Bürgerinnen und Bürgern aus Cleverns zugetragen worden, dass gegenüber Herrn Diakon Fredo Eilts angeblich ein Hausverbot in der Grundschule Cleverns ausgesprochen worden sei. Entsprechend dieser Informationen sollen in der Grundschule zudem keine christlichen Lieder mehr gesungen werden dürfen. Er berichtet, die Entscheidung darüber solle offenbar in einer „kleinen Runde“ getroffen worden sein. Aufgrund dessen herrsche in Cleverns aktuell Unmut. **Ratsherr Eden** erklärt abschließend, er selbst könne diese Gerüchte zwar nicht bestätigen, bittet die Verwaltung dennoch um Prüfung.

**Bürgermeister Albers** entgegnet, der Verwaltung habe keinerlei Kenntnisse über ein gegenüber Herrn Diakon Fredo Eilts ausgesprochenes Hausverbot in der Grundschule in Cleverns.

**Ratsherr de Neidels** betont, dass derartige Hinweise bzw. Gerüchte nicht im Rahmen einer öffentlichen Sitzung thematisiert werden sollten, da diese ein hohes Potenzial an Falschinformationen hätten.

**TOP 18.3. Organisation und Planung eines Kunst- und Handwerkerweihnachtsmarktes in Jever;  
Antrag der FDP-Fraktion vom 01. Dezember 2023**

**Ratsfrau Raquet** erinnert an den von der FDP-Fraktion gestellten Antrag hinsichtlich der „Organisation und Planung eines Kunst- und Handwerkerweihnachtsmarktes in Jever“ vom 01. Dezember 2023. Zudem habe die FDP-Fraktion in der Vergangenheit bereits einen Dringlichkeitsantrag gestellt, da zu dieser Zeit die Situation durch die „Corona-Pandemie“ stark erschwert gewesen sei. Der Dringlichkeitsantrag habe die folgenden zwei Punkte enthalten: Die Stadt Jever sollte prüfen, inwiefern in der Corona-Zeit ein weihnachtliches Angebot ermöglicht werden könnte und zugleich solle die Stadt Jever ein zukunftsfähiges Weihnachtsmarktkonzept für die nächsten Jahre entwickeln. **Sie** teilt ferner mit, sie sei zuversichtlich, dass angesichts der neuen Verwaltungsstruktur im Jahr 2025 der Antrag der FDP-Fraktion vom 01. Dezember 2023 nunmehr bearbeitet werde und letztlich im nächsten Jahr eine Attraktivierung des Weihnachtsmarkts in Jever erzielt werden könne. **Ratsfrau Raquet** bemängelt abschließend, dass in den vergangenen drei Jahren kein entsprechendes Konzept zur Steigerung der Attraktivität des Weihnachtsmarktes in Jever erarbeitet worden sei.

**TOP 18.4. Bürgerradweg an der Landesstraße 813 - Vergabe des Planungsauftrages;  
Antrag der Gruppe SWG / FB vom 15. Oktober 2023**

**Ratsherr Albers** erinnert an das weiterhin andauernde Verfahren zur Realisierung des Bürgerradweges an der Landesstraße 813. In diesem Zusammenhang merkt **er** an, dass bereits seit mehreren Jahrzehnten über die Realisierung des Lückenschlusses an der Landesstraße 813 diskutiert werde. Abschließend bittet **Ratsherr Albers** eindringlich darum, dass der Auftrag für die erforderlichen Planungsarbeiten für den Bürgerradweg zur Realisierung des Lückenschlusses an der Landesstraße 813 nunmehr zeitnah vergeben werde.

**TOP 19. Schließen des öffentlichen Teiles der Sitzung**

**Der Ratsvorsitzende** schließt den öffentlichen Teil der Ratssitzung um 20:20 Uhr.

Genehmigt:

Dieter Janßen

Vorsitzender

Jan Edo Albers

Bürgermeister

René Meins

Protokollführer